

Seite: 14
Ressort: Wirtschaft
Rubrik: FR Deutschlandausgabe
Ausgabe: Frankfurter Rundschau Deutschlandausgabe, Hauptausgabe

Gattung: Tageszeitung
Nummer: 207
Auflage: 55.523 (verbreitet)
Reichweite: 0,177 (in Mio.)

Der FR-Themencheck untersucht die Positionen der Parteien. Heute: Arbeitsmarktpolitik. Alle bereits erschienenen Teile finden Sie unter: fr.de/check Linke SPD Grüne

kein Titel

Die Einkommensunterschiede in Deutschland nehmen seit Jahren zu / Die Mittelschicht schrumpft

VON STEFAN SAUER
 Mindestlohn rauf

Als Sofortmaßnahme will die Partei den gesetzlichen Mindestlohn von derzeit 8,84 auf zwölf Euro anheben. Er soll künftig jährlich steigen und so bemessen sein, dass Altersarmut vermieden wird. Zudem will die Linke sämtliche Ausnahmen streichen, wie sie bisher etwa für Minderjährige und Langzeitarbeitslose gelten. Sachgrundlose Befristungen sollen ersatzlos wegfallen, Kettenbefristungen verboten werden. Mit Blick auf die Leiharbeit fordert die Linke gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie eine Flexibilitätszulage von zehn Prozent. Die Einsatzdauer von Leiharbeitsbeschäftigten soll auf drei Monate beschränkt, Mini- und Midi-Jobs durch sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse ersetzt werden. sts

Gleiche Vergütung Die SPD hat in der großen Koalition wichtige Reformen für die Arbeitnehmer durchgesetzt, etwa den gesetzlichen Mindestlohn und das Entgelttransparenzgesetz. Gleichwohl sieht sie weiteren Handlungsbedarf. So sollen Leiharbeiter vom ersten Arbeitstag an genauso vergütet werden wie die Stammbeschäftigte. Außerdem will die SPD Leiharbeitsverhältnisse verbieten, die an einen speziellen Arbeitseinsatz gekoppelt sind. Ausnahmen beim Mindestlohn für Langzeitarbeitslose sollen fallen. Die Partei will den Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen, das "Arbeiten auf Abruf" eindämmen und Minijobs zugunsten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung abbauen. Zudem soll Gewerkschaften ein Verbandsklagerecht zustehen. sts Arbeit schützt nicht vor Armut

I
 m Jahr 2016 erhielt Bill McDermott für seine Vorstandstätigkeit 11,9 Mil-

lionen Euro. Damit nahm der SAP-Chef ziemlich genau 321 Mal so viel ein wie der deutsche Normalverdiener. Das mittlere Einkommen eines Beschäftigten in Vollzeit betrug nach Angaben der Bundesregierung rund 37 000 Euro. Anders gesagt: An jedem Arbeitstag des Jahres 2016 erfreute sich McDermott einer Vergütung, die dem mittleren Jahreslohn der arbeitenden Bevölkerung entspricht. Solche Zahlen werfen die Frage auf, ob Leistung in Deutschland angemessen - um nicht zu sagen: gerecht - vergolten wird. Und sie verweisen auf eine Entwicklung, die in den 90er Jahren einsetzte und bis heute anhält: Die Einkommensunterschiede nehmen zu, die Mittelschicht schrumpft und selbst Arbeit schützt oft nicht mehr vor Armut. Zahlreiche Untersuchungen belegen diesen Befund. Einer Studie der staatlichen Förderbank KfW zufolge verdienten Haushalte, die vom Einkommen her zum obersten Fünftel zählten, im Jahr 2000 das 3,5-fache des Haushaltseinkommens, das die unteren 20 Prozent zur Verfügung hatten. 2014 war dieser Faktor auf das Fünffache gestiegen. 40 Prozent aller Haushalte mussten reale Verluste hinnehmen: Ihre Einkommen waren zwischen 2000 und 2014 weniger stark gestiegen als die Inflationsrate. In Euro und Cent, also nicht inflationsbereinigt, stiegen die Einkommen des unteren Zehntels im genannten Jahrzehnt um sechs Prozent, die der Gutverdiener am anderen Ende der Skala aber um fast 39 Prozent. Die Einkommensschere zwischen oben und unten hat sich mithin beträchtlich geöffnet. Und nicht nur das: Neben den Einkommensunterschieden wächst auch die Zahl jener, die sehr viel oder sehr wenig verdienen. Nach einer Untersu-

chung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) nahm der Anteil der Haushalte, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) zur Verfügung haben und damit als arm gelten, von 10,9 Prozent in den Jahren 1995 bis 1999 auf 14,5 Prozent in 2014 und 2015 zu. Auch die Zahl der Haushalte mit mehr als 169 Prozent des Medianeinkommens stieg an. Ihr Anteil wuchs von 11,8 auf 13,9 Prozent. Währenddessen wurde die Mittelschicht immer dünner. Der Bevölkerungsanteil, der zwischen 77 und 130 Prozent des mittleren Haushaltseinkommens zur Verfügung hat, ging im Vergleichszeitraum von 48 auf 41 Prozent zurück. Diese Entwicklung hat sich in den zurückliegenden Jahren zwar verlangsamt, zum Stillstand gekommen ist sie aber nicht. Dabei handelt es sich nicht ein rein deutsches Phänomen: Auch in den meisten EU-Ländern stiegen die Einkommensunterschiede. In den USA und weiten Teilen Asiens klaffen niedrige und hohe Einkommen noch weiter auseinander. Längst kritisieren nicht mehr nur Gewerkschaften, Sozialverbände und linke Parteien die Einkommensunterschiede, sondern auch internationale Finanz- und Wirtschaftsorganisationen. Bereits 2013 forderte der Gastgeber des Weltwirtschaftsforums in Davos, Klaus Schwab, kein Manager dürfe mehr als das Zwanzigfache seines am schlechtesten bezahlten Mitarbeiters verdienen. Der sozialistischen Neigungen unverdächtige IWF bezeichnete die wachsende Einkommensklüft 2015 als Wachstumsbremse und forderte eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und steigende Bildungsausgaben. Im Juni 2017 warnte OECD-Generalsekretär

Ángel Gurría war vor einer gesellschaftlichen Spaltung. Wesentliche Ursache für das Auseinanderdriften der Einkommen hierzulande ist laut DIW die gewachsene Zahl atypischer Beschäftigungsverhältnisse am unteren Ende der Einkommensskala: Leiharbeit, Teilzeit, befristete Jobs oder auch Soloselbstständigkeit sind dort am verbreitetsten, während am oberen Ende reguläre Anstellungen zugenommen haben.

Mindestlohn für alle "Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten zu weit geöffnet", heißt es im Wahlprogramm der Grünen. Daher müsse der Mindestlohn ausnahmslos für alle Beschäftigten gelten. Geringverdienende sollen durch niedrigere Sozialabgaben entlastet, sachgrundlos befristete Arbeitsverhältnisse abgeschafft werden. Ähnlich wie die Linke fordern auch die Grünen nicht nur

gleichen Lohn für Leiharbeit, sondern darüber hinaus Flexibilitätsprämien. Mit einem Entgeltgleichheitsgesetz und verbindlichen Frauenquoten für Leitungspositionen will die Partei Karrierechancen von Frauen verbessern. Minijobs sollen in reguläre Beschäftigung umgewandelt werden.
sts

Wörter:

788

Urheberinformation:

Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt am Main

© 2017 PMG Presse-Monitor GmbH